

Stadt Barsinghausen

26.08.2011

Niederschrift

zur Sitzung des Rates der Stadt Barsinghausen
Sitzungs-Nr: XVI/40 Rat
Sitzungstermin: am Donnerstag, dem 23.06.2011, 19:04 Uhr bis 22:10 Uhr
Sitzungsort: Mensa im Schulzentrum Am Spalterhals, Am Spalterhals

Anwesend sind:

Ratsmitglied

1. Bürgermeister Zieseniß, Walter nicht bei TOP 6

Mitglieder CDU-Fraktion

2. Ratsherr Becker, Walter
3. Ratsherr Bercusi, Radu Dr. nicht bei TOP 10, 11, 18, 19
4. Ratsherr Bohrßen, Bernd-Konrad
5. Ratsherr Fabisch, Horst
6. Ratsherr Höfer, Marian ab TOP 4, nicht bei TOP 20
7. Ratsherr Hohenstein, Ernst
8. Ratsherr Kowalski, Michael
9. Ratsherr Kuban, Tilman
10. 1. stellv. Bürgermeister Matthiesen, Max Dr. MdL
11. Ratsherr Neddermeier, Karl-Heinz nicht bei TOP 6
12. Ratsherr Schadow, Hans-Peter
13. Ratsherr Schroth, Gerald
14. Ratsfrau Schulz-Teesink, Petra
15. Ratsvorsitzender Steuernagel, Marc-Oliver
16. Ratsherr Zieseniß, Roland nicht bei TOP 14

Mitglieder SPD-Fraktion

17. Ratsherr Baum, Wolfgang nicht bei TOP 11
18. Ratsfrau Beckmann, Kerstin Dr. nicht bei TOP 6 und 12
19. Ratsherr Bienert, Sigurd nicht bei TOP 15
20. Stellv. Ratsvorsitzende Dürbaum-Betsch, Angelika
21. Ratsherr Härdrich, Dirk Dr. nicht bei TOP 17 und 18
22. Ratsfrau Hunte-Grüne, Marlene
23. Ratsherr Messing, Peter nicht bei TOP 16 - 18
24. Ratsherr Mientus, Udo
25. Ratsherr Riemer, Hagen
26. Ratsherr Schaper, Hartmut ab TOP 7
27. 2. stellv. Bürgermeisterin Scheibe, Monika

Mitglieder FDP-Fraktion

28. Ratsherr Klockow, Bernhard
29. Ratsherr Schasse, Adolf
30. Ratsfrau Schasse, Bärbel
31. Ratsfrau Schreiber, Alice

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

32.	Ratsherr	Hartig, Andreas
33.	Ratsfrau	Richter, Angelika
34.	Ratsherr	Röver, Christian
35.	Ratsfrau	Westphal, Ulrike nicht bei TOP 11 und 12

von der Verwaltung

36.	Leitung Bau	de Veer, Kirsten
37.	Verwaltungsangestellte	Filipiak, Andrea
38.	Leiter Zentrale Dienste	Hoffmann, Reinhard bis einschl. TOP 9
39.	Erster Stadtrat	Lahmann, Marc

es fehlten entschuldigt

40.	Ratsfrau	Baltz, Silvia
41.	Ratsherr	Bothe, Volker
42.	Ratsherr	Dobelmann, Reinhard
43.	Ratsherr	Wittschurky, Thomas

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und der nichtöffentlichen Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Aktuelle Stunde
4. Bericht über wichtige Angelegenheiten und Beschlüsse des Verwaltungsausschusses
5. Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und anderen Gremien
6. Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Barsinghausen für das Geschäftsjahr 2010
XVI/0743
7. Bildung einer gemeinsamen kommunalen Anstalt öffentlichen Rechts - HannIT - zum 01.07.2011
XVI/0703
8. Gleichstellung in den Führungsgremien der Stadt Barsinghausen und der städtischen Gesellschaften
- Antrag der SPD-Fraktion vom 03.05.2011 -
XVI/0718
9. Atomausstieg konkret
- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.04.2011 -
XVI/0713
10. Auslaufen des Konzessionsvertrages Gas - weiteres Vorgehen -
XVI/0724

11. 3. Fortschreibung des Brandschutzplanes
XVI/0699
12. Änderung der Feuerwehrsatzung
XVI/0701
13. Wahl eines Seniorenbeirates
- Antrag der SPD-Fraktion vom 23.05.2011 -
XVI/0733
14. Änderung der Satzung für den Integrationsbeirat der Stadt Barsinghausen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 09.06.2011 -
XVI/0744
15. Schaffung von zusätzlich 10 Betreuungsplätzen im Hort Wilhelm-Stedler-Schule
XVI/0737
16. Fortsetzung der Straßensozialarbeit
XVI/0738
17. Nachtragsvertrag zu den städtebaulichen Verträgen vom 17.06.2010 mit der Fa.
Kaufland zum Bebauungsplan Nr. 195 "SO Einzelhandel Zechenpark"
XVI/0730
18. Abschluss eines Städtebaulichen Erschließungsvertrages mit der Fa. Kaufland zur
1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 128 "Am Bahnhof"
XVI/0731
19. Bebauungsplan Nr. 128 "Am Bahnhof", 1. Änderung OT Barsinghausen
Satzungsbeschluss
XVI/0720
20. Annahme von freiwilligen Zuwendungen
21. Mitteilungen der Verwaltung
22. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Nichtöffentliche Sitzung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und der nichtöffentlichen Sitzung

Herr Ratsvorsitzender Steuernagel eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Anschließend übergibt er Herrn Bürgermeister Zieseniß das Wort.

Herr W. Zieseniß bedankt sich bei Herrn Josef-Michael Samol mit einem Präsent für seine ehrenamtliche Tätigkeit als Vorsitzender der Marlis Ragge-Stiftung und des Präventionsrates.

In der Marlis Ragge-Stiftung ist Herr Samol engagiert für die Zwecke der Stiftung eingetreten und hat somit die Förderung sozialer, kultureller und frauenspezifischer Angelegenheiten im Bereich der Stadt Barsinghausen maßgeblich mitgeprägt.

Im Präventionsrat, dessen Gründungsmitglied Herr Samol war, ist er erfolgreich für die Ziele des Präventionsrates eingetreten, um

- Gewaltformen und Bedrohungen jeglicher Art im Vorfeld zu begegnen und sie zu verhindern,
 - vorhandene Erscheinungsformen von Gewalt und Bedrohung aufzunehmen, zu analysieren und Abhilfe zu schaffen und
 - Erscheinungsformen der gesellschaftlichen und medialen Entwicklung zu beobachten, Gefahren zu erkennen und ihnen zu begegnen.
- Beispielhaft für seinen erfolgreichen Einsatz ist die Aktion „Zeig Dein Gesicht“ unter Beteiligung aller Schulen zu nennen.

Nach der Würdigung seiner Verdienste durch den Bürgermeister bedankt sich Herr Samol für die Ehrung und das Präsent.

Herr Steuernagel begrüßt den neuen Stadtmarketingmanager, Herrn Stephan Kinsner, und bittet ihn, sich dem Rat vorzustellen.

Herr Kinsner berichtet aus seinem Lebenslauf und seinen bisherigen beruflichen Tätigkeiten. Er hofft, die gute und erfolgreiche Arbeit seiner Vorgängerin fortsetzen zu können.

Anschließend stellt Herr Steuernagel die Beschlussfähigkeit fest und bittet, folgende Angelegenheiten von der Tagesordnung abzusetzen:

- TOP 3 „Genehmigung der Niederschrift“

Die Niederschrift konnte nicht rechtzeitig versandt werden. Sie befindet sich zusammen mit der Ratspost in den Umschlägen auf den Tischen.

- TOP 18, Vorlage XVI/708 „Einrichtung eines Präventionskonzeptes für schulische Krisen im Stadtgebiet Barsinghausen“

Es besteht noch Beratungsbedarf.

Weiter weist Herr Steuernagel darauf hin, dass aus rechtlichen Gründen die Tagesordnungspunkte 19 und 21 in der Reihenfolge getauscht werden sollen, da zuerst die Städtebaulichen Verträge und anschließend der Bebauungsplan „Am Bahnhof“ beschlossen werden sollen.

Hiergegen werden keine Bedenken geäußert. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung bestehen nicht.

Herr Steuernagel weist auf folgende als Tischvorlage verteilte Unterlagen hin:

- Auflistung der geänderten Beschlussempfehlungen

Abschließend stellt Herr Steuernagel die Tagesordnung des öffentlichen und nichtöffentlichen Teils fest.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 33

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die vorstehende, gegenüber der Einladung vom 07.06.2011 geänderte Tagesordnung wird genehmigt.

2. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen und Anfragen vor.

3. Aktuelle Stunde

Es liegen keine Anträge vor.

4. Bericht über wichtige Angelegenheiten und Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Herr Bürgermeister Zieseniß hält den nachfolgenden Bericht:

Der Verwaltungsausschuss hat seit der letzten Ratssitzung nur am vergangenen Dienstag getagt. Neben der Vorbereitung der heutigen Ratsbeschlüsse, wurden folgende wichtige Beschlüsse gefasst:

- Der Verwaltungsausschuss hat die vom Rat benannten Vertreter der Stadt Barsinghausen in der Gesellschafterversammlung der Alte Zeche Gemeinnützige Betriebs GmbH gem. § 111 Abs. 1 der Nieders. Gemeindeordnung angewiesen, in der betreffenden Gesellschafterversammlung bzw. im Umlaufverfahren wie folgt zu votieren:
 1. Die Bilanz zum 31.12.2010 und die Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2010 bis 31.12.2010 mit einer Bilanzsumme von 175.073,39 EUR und einem Jahresüberschuss von 29.949,39 EUR wird festgestellt.
 2. Der aus dem Geschäftsjahr 2009 verbliebene Verlustvortrag i.H.v. 881,50 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.
 3. Dem Geschäftsführer und dem Aufsichtsrat der Alte Zeche Gemeinnützige Betriebs GmbH wird für das Geschäftsjahr 2010 die Entlastung erteilt.
 4. Der Dipl.-Kaufmann Ralf Diekmann –TREURAT Steuerberatungsgesellschaft mbH-, Altenhofstr. 3, 30890 Barsinghausen wird beauftragt, für das Geschäftsjahr 2011 die Buchführung und den Jahresabschluss zu erstellen.
- Der Verwaltungsausschuss hat die Vertreter der Stadt Barsinghausen in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Barsinghausen GmbH angewiesen:
 1. Einem Beschluss zur rückwirkenden Verschmelzung der BGB Bäderbetriebsgesellschaft Barsinghausen mbH auf die Stadtwerke Barsinghausen GmbH zum 1. Januar 2011 zuzustimmen.

2. Der Erteilung einer Weisung an den Vertreter der Stadtwerke Barsinghausen GmbH in der Gesellschafterversammlung der BGB Bäderbetriebgesellschaft Barsinghausen mbH zur rückwirkenden Verschmelzung dieser Gesellschaft zum 1. Januar 2011 zuzustimmen.
- Der Verwaltungsausschuss hat den Antrag der Wilhelm-Busch-Schule, am Schulstandort Bantorf die Räume einer frei gewordenen Mietwohnung für den Schulbetrieb herzurichten und zu nutzen, abgelehnt.
 - Der Verwaltungsausschuss hat den Auftrag für das Gewerk Dachdeckerarbeiten, Wärmedämmung an der Astrid – Lindgren – Schule über eine Summe von 133.978,68 €, an die günstigste Bieterin erteilt.

5. Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und anderen Gremien

Es liegen keine Anträge vor.

6. Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Barsinghausen für das Geschäftsjahr 2010 Vorlage: XVI/0743

Herr W. Zieseniß, Frau Dr. Beckmann und Herr Neddermeier verlassen zu diesem Tagesordnungspunkt die Sitzung, da sie sich im Mitwirkungsverbot befinden.

Herr stv. Sparkassendirektor Markus Latz erläutert ausführlich den Geschäftsbericht und gibt einen Ausblick auf die zukünftige Entwicklung der Stadtparkasse.

Herr Klockow möchte wissen, wann damit zu rechnen ist, dass die Stadt Barsinghausen als Träger der Stadtparkasse Barsinghausen wieder an den Gewinnen beteiligt werden kann.

Herr Latz teilt mit, dass derzeit die Eigenkapitalsicherung im Focus steht. Aufgrund der derzeitigen Verhandlungen der Europäischen Union in Brüssel müssen die dortigen Beschlüsse abgewartet werden, bevor eine Aussage zu einer Gewinnbeteiligung möglich ist. Herr Latz führt aus, dass die Stadtparkasse Barsinghausen aber wie bisher auch beabsichtigt, die Stadt Barsinghausen bei einigen Projekten finanziell zu unterstützen.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 31

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Dem Verwaltungsrat der Stadtparkasse Barsinghausen wird für das Geschäftsjahr 2010 die Entlastung erteilt.

7. Bildung einer gemeinsamen kommunalen Anstalt öffentlichen Rechts - HannIT - zum 01.07.2011 Vorlage: XVI/0703

Herr W. Zieseniß, Frau Dr. Beckmann und Herr Neddermeier nehmen wieder an der Sitzung teil.

Herr Schroth führt in die Angelegenheit ein.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 32

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Stadt Barsinghausen gründet nach Maßgabe der dieser Beschlussvorlage anliegenden Gründungsvereinbarung und Anstaltssatzung gemeinsam mit weiteren Kommunen eine gemeinsame kommunale Anstalt HannIT mit Wirkung vom 01.07.2011.

Die Gründung der gemeinsamen kommunalen Anstalt sowie der dieser Beschlussvorlage beigefügte Gründungsvereinbarung und Anstaltssatzung wird auch für die Fälle beschlossen, dass in einzelnen der übrigen aufgeführten Trägerkommunen eine entsprechende Beschlussfassung nicht oder nur mit Wirkung zu einem späteren Zeitpunkt zustande kommt oder die Dienstherrnenfähigkeit von der Kommunalaufsichtsbehörde ausgeschlossen wird.

**8. Gleichstellung in den Führungsgremien der Stadt Barsinghausen und der städtischen Gesellschaften
- Antrag der SPD-Fraktion vom 03.05.2011 -
Vorlage: XVI/0718**

Frau Dr. Beckmann führt in den Antrag der SPD-Fraktion ein.

Herr Schroth teilt mit, dass es für seine Fraktion keine Frage ist, auch Frauen in Führungspositionen zu besetzen. Es gibt bereits viele Frauen bei der Stadt Barsinghausen, die Führungspositionen bekleiden. Herr Schroth führt weiter aus, dass aber eine Festlegung für die politischen Gremien schwierig ist, da letztendlich dem Wähler nicht vorgeschrieben kann, wie er wählt. Seine Partei hat entsprechend Frauen für die Kommunalwahl aufgestellt. Daraus ergibt sich jedoch keine Verpflichtung für den Wähler, diese auch zu wählen.

Frau Westphal sagt, dass ihre Fraktion sich mit der SPD-Fraktion darin einig ist, Regelungen für die Besetzung von Ämtern und Positionen mit Frauen zu treffen. Sie hält den Zeitpunkt jedoch für fraglich und möchte es dem zukünftigen Rat selbst überlassen, in der konstituierenden Sitzung entsprechende Regelungen in der Geschäftsordnung zu treffen. Eine Bindung für den neuen Rat möchte die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht festlegen.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 24

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: abgelehnt

Der Rat der Stadt Barsinghausen beschließt:

1. Der Rat der Stadt Barsinghausen der 16. Wahlperiode empfiehlt dem Rat der 17. Wahlperiode (2011 – 2016), verbindlich (z.B. durch entsprechende Änderung der Geschäftsordnung) dafür zu sorgen, dass im Verwaltungsausschuss der Stadt und den Aufsichtsgremien der städtischen Gesellschaften mindestens 30 % eines jeden Geschlechts vertreten sind und Beschlüsse zu fassen, dass dieser Anteil in der 18. Wahlperiode auf 50 % gesteigert wird. Die Verwaltung wird beauftragt, dies bereits in

den Entwurf einer Geschäftsordnung für den Rat der 17. Wahlperiode aufzunehmen.

2. Die Geschäftsordnung des Rates ist zudem so zu ändern, dass jede Fraktion, die mindestens drei Personen in eines der oben genannten Gremien entsendet, beide Geschlechter verbindlich berücksichtigt.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, in welcher Form es möglich ist, die bestehenden vertraglichen Grundlagen der Gesellschaften so zu ändern, dass auch auf diese Weise die genannte Quote bei der Besetzung der Gremien zwingend einzuhalten ist.

**9. Atomausstieg konkret
- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.04.2011 -
Vorlage: XVI/0713**

Herr Dr. Härdrich führt in den Antrag der SPD-Fraktion ein.

Er zieht die Ziffer 1 des Antrages zurück, da es formal nicht möglich ist, E.ON-Avacon von den künftigen Konzessionsverhandlungen auszuschließen. Dies ist wettbewerbsrechtlich nicht zulässig, so Herr Dr. Härdrich. Alle anderen Ziffern werden aufrecht erhalten und sollen zur Abstimmung gestellt werden.

Herr Schroth beantragt eine Unterbrechung der Sitzung. Hiergegen bestehen seitens der übrigen Ratsmitglieder keine Bedenken. Herr Steuernagel unterbricht die Sitzung um 19.50 Uhr. Diese wird um 20.05 Uhr fortgesetzt.

Herr W. Zieseniß führt aus, dass es sicherlich schwierig für einige Ratsmitglieder ist, einem SPD-Antrag zu folgen. Er wollte nicht erreichen, dass heute eine Diskussion geführt wird, die auf Bundesebene läuft, nämlich die Entscheidung, ob Atomstrom ja oder nein. Der Mix der vielen Angebote der Anbieter, die auch Atomstrom erzeugen, ist undurchschaubar. Die Intention der Verwaltung liegt darin, die Meinungsvielfalt der Fraktionen dahingehend zu befrieden, unter bestimmten Umständen einen Ökostrom günstig zu erhalten. Dieser ist nach dem vorliegenden Angebot im Vergleich zu dem später bezogenen Strom teurer, aber zu dem heute bezogenen Strom günstiger.

Herr W. Zieseniß bittet alle Fraktionen, die Anträge dahingehend abzuändern, dass alle ihnen zustimmen können, damit die Verwaltung den angebotenen Wasserkraftstrom erwerben kann. Dieser Vertrag würde, wie auch die Mixangebote, bis zum Jahr 2013 laufen. Der dann zuständige Rat kann dann nach erneuter Ausschreibung beschließen, welche Stromart bezogen werden soll. Es liegt mit dem vor der Sitzung bekanntgegebenen Angebot eine Möglichkeit vor, zu einem akzeptablen Preis Ökostrom zu beziehen, so Herr W. Zieseniß.

Herr Schroth teilt für seine Fraktion mit, dass sie einen gesellschaftlichen Konsens sieht, aus der Atomenergie aus- und in erneuerbare Energien einzusteigen. Es bestehen jedoch noch enorme Unwegbarkeiten und Herausforderungen, denen sich gestellt werden muss. Aufgrund der angespannten Haushaltslage muss jedoch auf die Kosten geachtet werden. Ökostrom ist teurer als ein Strommix, so Herr Schroth. Dennoch wird sich auch seine Fraktion der Diskussion stellen.

Herr Schroth stellt im Namen der CDU/FDP-Gruppe den Änderungsantrag, dass die Verwaltung beauftragt wird, im Rahmen der Laufenden KWL-Ausschreibung zertifizierten Wasserkraftstrom für die Jahre 2012 und 2013 einzukaufen.

Frau Dr. Beckmann merkt an, dass sich ihre Fraktion durchaus vorstellen kann, den Änderungsantrag der CDU/FDP-Gruppe in den bestehenden SPD-Antrag einzubauen. Sie stimmt Herrn Schroth zu, dass viele Dinge noch nicht so weit sind, dass von jetzt auf gleich zu 100 Prozent atomstromfrei in Deutschland gelebt werden kann. Eine Schlüsselrolle nimmt jedoch der Kunde ein. Er ist die Triebfeder, damit sich die Konzerne bemühen, verschiedene Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Die SPD-Fraktion kann mit der von der CDU/FDP-Gruppe gewollten Wasserkraft gut leben, so Frau Dr. Beckmann.

Herr Röver führt aus, dass seine Fraktion einen sehr viel weiter gehenden Antrag zum Klimaschutz gestellt hatte, den sie jedoch in der Diskussion zurückgezogen hat, weil sie das Ergebnis der von der Stadt gestellten Förderanträge abwarten wollte. Diese sollen im Herbst vorliegen und dann erneut zur Beratung gestellt werden.

Zu dem vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN teilt Herr Röver mit, dass seine Fraktion lediglich die Ziffer 2 des gestellten SPD-Antrages geändert wissen möchte. Den von Herrn Schroth gestellten Antrag könnte man durchaus mit aufnehmen und dann so beschließen, so Herr Röver.

Herr Schroth fragt, ob die Verwaltung über die Ergebnisse der laufenden Ausschreibung selbst entscheiden kann.

Herr W. Zieseniß teilt mit, dass dafür ein Ratsentscheid erforderlich ist. Dieser kann erst erfolgen, wenn die Ausschreibung zugestellt worden ist. Die bisher vorliegenden Informationen zum Wasserkraftstrom sind vorab übermittelt worden. Herr W. Zieseniß weist darauf hin, dass die Charge mit zertifiziertem Ökostrom begrenzt ist. Wenn eine Entscheidung erst in einigen Wochen fallen sollte, könnte es für die Charge bereits zu spät sein. Heute würde bei einer Entscheidung die Richtung festgelegt.

Herr Schroth teilt mit, dass die bestehenden Fragen – auch hinsichtlich des zurückgestellten Antrages der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Sachen Klimaschutz – viel zu komplex und umfangreich sind, um heute beantwortet zu werden. Auch in seiner Fraktion herrschen unterschiedliche Meinungen. Es braucht mehr Zeit, um die Entwicklungen der letzten Wochen abschließend zu diskutieren. Er schlägt daher vor, heute nur über den Vorschlag „Wasserkraft“ der Verwaltung zu entscheiden und über die Grundsätze zu einem späteren Zeitpunkt.

Herr Messing teilt mit, dass der aus April datierende SPD-Antrag bereits in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Gebäudewirtschaft und des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt vorgelegen hat. Es ist aus seiner Sicht nicht nachvollziehbar, warum noch mehr Beratungszeit erforderlich ist. Er führt weiter aus, dass es sich um einen perspektivischen Antrag handelt und dass abschließende Entscheidungen später noch getroffen werden können.

Herr Klockow merkt an, dass tatsächlich im Ausschuss lange über den SPD-Antrag diskutiert wurde. Es sind dabei Fragen an die Verwaltung aufgeworfen worden, welche Folgen und welche Kosten entstehen, wenn in das jetzt laufende Verfahren eingegriffen wird. Die Mehrkosten sollten sich nach damaligem Stand auf 50.000 Euro belaufen.

Die neuen Informationen sind Ausfluss aus den Beratungen des Fachausschusses, nach denen sich Herr W. Zieseniß und Herr Hoffmann – trotz des laufenden Ausschreibungsverfahrens – um andere Lösungsmöglichkeiten gekümmert haben. Unabhängig vom bestehenden SPD-Antrag ergibt sich mit dem Änderungsantrag der CDU/FDP-Gruppe ein Zeitfenster, für die Jahre 2012 und 2013 zertifizierten Wasserkraftstrom zu beziehen. Die Punkte, die mit den Anträgen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN aufgeworfen

werden, können auch noch zu einem späteren Zeitpunkt diskutiert werden, so Herr Klockow. Er bittet daher, dem Antrag der CDU/FDP-Gruppe zuzustimmen.

Dr. Härdrich führt aus, dass mit dem SPD-Antrag keine Entscheidung für eine bestimmte Stromart getroffen werden soll. Es soll lediglich die Entscheidung getroffen werden, dass künftig kein Atomstrom bezogen werden soll. Er bittet darum, diese Entscheidung mit zu tragen und dem Antrag zuzustimmen. Alle weiteren Modalitäten sind dann tatsächlich noch offen. Der Vorschlag der Verwaltung geht noch ein Stück weiter, in dem eine bestimmte Stromart festgelegt wird, so Herr Dr. Härdrich.

Herr Lahmann führt aus, dass er rechtliche Bedenken zur Ziffer 2 des SPD-Antrages und auch zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat. Diese nehmen Bezug auf die Konzession, die den reinen Netzbetrieb betrifft. Es ist gesetzlich zwischen dem Netzbetrieb und dem Stromvertrieb zu unterscheiden. Die Firmen, die die Stromnetze betreiben sind aufgrund der rechtlichen Vorgaben getrennt vom Vertrieb. Die Bereiche werden in den Anträgen der SPD und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN jedoch vermischt und wären daher zu konkretisieren. Unter Umständen würden sonst Firmen, die noch rechtmäßig Atomstrom durchleiten, ausgeschlossen. Die Begriffe Konzession und Konzessionsabgabe müssten in den Anträgen gestrichen werden, so Herr Lahmann.

Frau Richter führt an, dass dies ein historischer Augenblick ist, den es in der laufenden Legislaturperiode des Rates noch nicht gegeben hat. Der Antrag der SPD, ergänzt durch die Änderungen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Ausarbeitungen der Verwaltung, die als Vorlage bezeichnet werden könnte, sowie die Ergänzungen der CDU/FDP-Gruppe könnte beschlossen werden. Sie fragt, was daran hindert, dieses nunmehr zu tun.

Frau Dr. Beckmann stellt nochmals dar, dass Wasserkraftstrom im Verzicht auf Atomstrom enthalten ist. Sie führt aus, dass sie das, was Frau Richter gesagt hat, dahin gehend aufgreift, dass der Antrag der CDU/FDP-Gruppe als Ziffer 4 des SPD-Antrages übernommen wird und Ziffer 4 des SPD-Antrages Ziffer 5 wird. Dann liegt ein Antrag von drei Fraktionen vor, dessen Beschluss nichts mehr im Wege steht. Dies bittet Frau Dr. Beckmann als Antrag zu verstehen.

Frau Dr. Beckmann führt weiter aus, dass die Trennung von Netz und Vertrieb im Grundsatz richtig ist, aber nicht für Gesellschaften wie die Stadtwerke Barsinghausen gilt. Es gibt eine Untergrenze, für die es eine Trennung nicht gibt. Daher kann ein entsprechender Beschluss für eine Gesellschaft in der Größenordnung der Stadtwerke durchaus getroffen werden. Dies hat Herr Klevemann in einer Fraktionssitzung der SPD bestätigt. Weil genau die Trennung von Netz und Vertrieb für so kleine Gesellschaften gesetzlich nicht gefordert ist.

Herr Lahmann bestätigt, dass die Trennung nicht für bestimmte Größenordnungen gilt. Er führt aus, dass der Antrag jedoch bestimmte Anbieter im Wettbewerb um das Netz von vorn herein ausschließt. Aus Wettbewerbsgründen kann sich jedoch auch jemand auf die Konzession bewerben, der in anderen Städten tätig ist und dem Unbundling unterliegt. Solche Anbieter von vorn herein auszuschließen, hält Herr Lahmann für rechtlich unzulässig.

Herr Schroth sagt, dass seine Fraktion hinsichtlich der Ziffer 2 des SPD-Antrages große Bedenken hat, da die Kosten für die Bürger damit steigen werden. Hinsichtlich der Konzession will seine Fraktion sehen, dass genügend Handlungsspielraum für ein vernünftiges Konstrukt für die Zukunft gegeben ist. Daher sollten solche Einschränkungen nicht auf die Schnelle beschlossen werden, sondern in Ruhe diskutiert werden. Daher kann seine Fraktion diesem Punkt auch nicht zustimmen, so Herr Schroth.

Frau Westphal stellt zum Verständnis klar, dass ein gemeinsamer Antrag so aussehen könnte, dass Ziffer 1 des SPD-Antrages gestrichen wird, Ziffer 2 durch den Antrag ihrer Fraktion

ersetzt wird, die Ziffern 3 und 4 erhalten bleiben und Ziffer 5 der Antrag der CDU/FDP-Gruppe würde. Sie merkt weiter an, dass auch die Möglichkeit zu einer weiteren Beratungspause besteht.

Im Zweifel hat auch der Antrag der CDU/FDP-Gruppe höhere Kosten zu Folge, da derzeit der Ökostrom einfach teurer ist als Atomstrom, so Frau Westphal. Sie merkt an, dass das Ganze auch ziffernweise abgestimmt werden kann.

Herr Höfer führt aus, dass es wichtig ist, dass die Kosten im Rahmen bleiben. Daher dürfen nicht von vorn herein Anbieter vom Ausschreibungsverfahren ausgeschlossen werden. Dadurch hätte man eine geringere Anzahl von Anbietern und somit höhere Kosten.

Herr Mientus stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Debatte zu schließen und die Abstimmung durchzuführen.

Herr Steuernagel stellt den Antrag von Herrn Mientus zur Abstimmung. Diesem wird mehrheitlich zugestimmt.

Herr Steuernagel klärt die weitere Vorgehensweise zur Abstimmung und stellt fest, dass Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der CDU/FDP-Gruppe vorliegen.

Herr Schroth führt aus, dass es sich bei dem Antrag der CDU/FDP-Gruppe um einen eigenen Antrag und nicht um einen Änderungsantrag handelt.

Frau Dr. Beckmann bittet um Klärung der Tagesordnung. Sie ist der Auffassung, dass die CDU/FDP-Gruppe nicht einen Antrag stellen kann, der nicht auf der Tagesordnung steht. Dazu hätte diese erweitert werden müssen.

Herr Schroth stellt den Änderungsantrag, die Ziffern 1 bis 4 des SPD-Antrages zu streichen und durch den Antrag der CDU/FDP-Gruppe zu ersetzen.

Herr Lahmann führt aus, dass es zur Tagesordnung auch einen komplett neuen Antrag geben kann, auch wenn er nicht als Änderungsantrag deklariert ist.

Herr Steuernagel lässt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung stellen.

Beratungsergebnis: abgelehnt
mit 15 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:

Ziffer 2 des SPD-Antrages wird wie folgt geändert:

Bei der Vergabe der Wegenutzungsverträge für das Stromnetz werden künftig nur solche Anbieter berücksichtigt, die ausdrücklich auf die Erzeugung bzw. den Bezug von Atomstrom verzichten und dies auch verbindlich erklären. Dies ist bei Anfragen und vorbereitenden Ausschreibungen ausdrücklich als Kriterium aufzuführen. Auf den Erhalt angemessener Konzessionsabgaben, Pacht- oder Nutzungsentgelte ist dabei zu achten.

Ziffer 3 des SPD-Antrages wird gestrichen.

Herr Steuernagel bittet Herrn Schroth, den Änderungsantrag der CDU/FDP-Gruppe nochmals zu verlesen. Dieser lautet wie folgt:

Die Ziffern 1 bis 4 des SPD-Antrages werden gestrichen.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Laufenden KWL-Ausschreibung zertifizierten Wasserkraftstrom für die Jahre 2012 und 2013 einzukaufen.

Frau Dr. Beckmann merkt an, dass es nicht zulässig sein kann, mit einem Änderungsantrag die komplette Beschlussempfehlung zu streichen und durch eine eigene zu ersetzen.

Herr Steuernagel bittet Herrn Lahmann um die Einschätzung der Rechtmäßigkeit.

Herr Lahmann führt aus, dass es sich bei dem gestellten Antrag nicht mehr um einen Änderungsantrag handelt. Es steht aber frei, zu jedem Tagesordnungspunkt einen eigenen Antrag zu stellen, der nichts mehr mit dem Ursprungsantrag gemein hat.

Auf Nachfrage führt Herr Lahmann aus, dass der Tagesordnungspunkt „Atomausstieg konkret“ den Ausschluss von Atomstrom beinhaltet. Die Beschlussfassung über den Bezug von Wasserkraftstrom – und somit nicht von Atomstrom – gehört seines Erachtens zu dem Tagesordnungspunkt.

Frau Dr. Beckmann beantragt getrennt Abstimmung der beiden Punkte des gestellten Änderungsantrages der CDU/FDP-Gruppe.

Herr Lahmann weist nochmals darauf hin, dass der Antrag der CDU/FDP-Gruppe nur aufgrund der Äußerungen der SPD-Fraktion als Änderungsantrag deklariert wurde. Nach seinen vorherigen Ausführungen kann jedoch ein eigenständiger Antrag gestellt werden. Die Streichung der Ziffern 1 bis 4 des SPD-Antrages ist in dem Antrag der CDU/FDP-Gruppe damit entbehrlich. Somit auch die getrennt Abstimmung über die Antragsteile.

Herr Steuernagel möchte von Herrn Schroth wissen, wie der gestellte Antrag der CDU/FDP-Gruppe zu werten ist.

Herr Schroth führt aus, dass die CDU/FDP-Gruppe einen eigenen Antrag stellt, der wie folgt lautet:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Laufenden KWL-Ausschreibung zertifizierten Wasserkraftstrom für die Jahre 2012 und 2013 einzukaufen.

Frau Dr. Beckmann weist darauf hin, dass sie den Änderungsantrag gestellt hatte, den CDU-Antrag in den SPD-Antrag zu übernehmen.

Herr Steuernagel stellt diesen zur Abstimmung:

Beratungsergebnis: abgelehnt
mit 15 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:

Der Antrag der CDU/FDP-Gruppe wird als Ziffer 4 in den SPD-Antrag integriert.

Ziffer 4 des SPD-Antrages wird Ziffer 5

Frau Westphal stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Vorgehensweise prüfen zu lassen und schriftlich Auskunft darüber zu geben, ob der wortwörtliche Antrag der CDU/FDP-Gruppe, der Bestandteil des eben gestellten Änderungsantrages der SPD-Fraktion ist, erneut so gestellt werden darf.

Abschließend stellt Herr Steuernagel den Antrag der CDU/FDP-Gruppe zur Abstimmung. Frau Dr. Beckmann merkt an, dass ihre Fraktion bei der Abstimmung nicht mitwirken wird. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wirkt ebenfalls bei der Abstimmung nicht mit.

Protokollnotiz:

Die Verwaltungsleitung hat nach Prüfung des vorab gefertigten Protokollauszuges festgestellt, dass der Erste Stadtrat als Vertreter des Organs Bürgermeister die rechtliche Beurteilung der Verwaltung in der Sitzung bereits hinreichend dargestellt hat (siehe vorstehende Ausführungen).

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Laufenden KWL-Ausschreibung zertifizierten Wasserkraftstrom für die Jahre 2012 und 2013 einzukaufen.

**10. Auslaufen des Konzessionsvertrages Gas -weiteres Vorgehen-
Vorlage: XVI/0724**

Herr Bienert führt in die Beschlussvorlage ein.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 34 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vergabe des Konzessionsvertrages über die Nutzung der öffentlichen Verkehrswege der Stadt Barsinghausen für die Verlegung und den Betrieb von Gasleitungen aller Art nebst Zubehör auszuschreiben und dabei auch ein Nebenangebot zur Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft mit einem Beteiligungspartner zuzulassen.

2. Die Ausschreibung erfolgt auf Basis des dieser Beschlussvorlage beigefügten Entwurfs eines Ausschreibungstextes.
3. Grundlage für die Zuschlagserteilung sind die in dieser Beschlussvorlage dargelegten Bewertungskriterien.

11. 3. Fortschreibung des Brandschutzplanes
Vorlage: XVI/0699

Herr Messing führt in die Angelegenheit ein.

Herr Steuernagel weist auf die geänderte Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses hin.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 32 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt mit geänderter Beschlussdarstellung

Die 3. Fortschreibung des Brandschutzplanes wird beschlossen.

Nr. 6.1 Grundsätzliches des Brandschutzplanes (Seite 12) wird um folgenden Absatz ergänzt:

Ein weiterer Gesichtspunkt ist die Abgasbelastung für die Einsatzkräfte bzw. deren Einsatzkleidung in den Feuerwehrhäusern, wo die Nutzungen Fahrzeuggarage/Kleideraufbewahrung/Umkleiden nicht getrennt sind. Zumindest bei geplanten Veränderungen sollten abhängig von den örtlichen Gegebenheiten Lösungen gesucht werden (organisatorische räumliche Änderungen, technische Abgasabsaugung, bauliche Veränderungen/Erweiterungen).

12. Änderung der Feuerwehrsatzung
Vorlage: XVI/0701

Herr R. Zieseniß führt in die Angelegenheit ein.

Herr Steuernagel weist auch hier auf die geänderte Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses hin.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt mit geänderter Beschlussdarstellung

Die Satzung zur 1. Änderung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Barsinghausen wird beschlossen (Anlage 1 zur Vorlage).

Der zweite Absatz des § 5 des Entwurfes der Organisationsgrundsätze für die Kinderabteilung der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Barsinghausen (Kinderfeuerwehren) erhält folgende Fassung:

Die Leitung der Kinderfeuerwehr soll durch Personen erfolgen, die pädagogisch geschult sind oder fachlich besonders für den Umgang mit Kindern qualifiziert sind **und ein Führungszeugnis nach § 30 a Bundeszentralregistergesetz vorgelegt haben**; die Zugehörigkeit zur Einsatzabteilung ist nicht erforderlich. Die Kinderfeuerwehrwartin oder der Kinderfeuerwehrwart soll die Voraussetzung für die Ausstellung der bundeseinheitlichen Card für Jugendleiterinnen und Jugendleiter (Juleica) erfüllen.

13. Wahl eines Seniorenbeirates - Antrag der SPD-Fraktion vom 23.05.2011 - Vorlage: XVI/0733

Herr Messing führt in den Antrag der SPD-Fraktion ein.

Herr Klockow führt aus, dass die durch den jetzigen Seniorenrat geleistete Arbeit sehr gut ist. Der gestellte Antrag ist für ihn daher nicht nachvollziehbar. Der Rat ist auch von der Mehrheit der über 60-jährigen gewählt worden. Ebenso ist die Gruppe der über 60-jährigen im Rat vertreten. Herr Klockow führt weiter aus, dass es nicht überzeugend ist, wenn über 10.000 Bürgerinnen und Bürger Menschen wählen sollen, die sie nicht kennen. Die Mittel, die für solch eine Wahl zur Verfügung gestellt werden müssten, sollten lieber in die Jugend investiert werden, um sie an die Politik heran zu führen.

Herr Dr. Matthiesen merkt an, dass eine Wahl des Seniorenrates parallel zur Kommunalwahl zu Vermischungen führen würde. Der Rat vertritt die Bevölkerung auf kommunaler Ebene, der Seniorenrat führt Angelegenheiten aus, die Aufgabe des Rates sind. Seine Fraktion ist der Meinung, dass die Senioren im und durch den Rat ausreichend vertreten sind. Die Wahl eines Seniorenrates in der beantragten Form führt zu einer Vermischung mit der demokratischen Legitimation des Rates und zur Vermischung mit dessen Aufgaben. Die Interessen einer Stadt müssen im Rat gebündelt werden.

Herr Dr. Matthiesen führt weiter aus, dass es keinen Vertretungsdefizit der Senioren im Rat gibt. Darüber hinaus werden die Interessen auch durch andere Organisationen und Einrichtungen wie z. B. die Caritas, die Diakonie, das Deutsche Rote Kreuz etc. vertreten. Die Arbeit sollte daher getrennt verrichtet werden. Die CDU-Fraktion wird auch künftig die ehrenamtliche Arbeit des Seniorenrates unterstützen und Initiativen und Anregungen aus dem Seniorenrat gerne aufgreifen.

Herr Messing führt aus, dass in der Vergangenheit auch andere Wahlen parallel stattgefunden haben. Es spricht nichts dagegen, den Senioren dieser Stadt zumindest die Gelegenheit zu dieser Wahl zu geben. Die Kosten halten sich mit ca. 8.000 Euro im Rahmen und man sollte sehen, ob die Wahl des Seniorenrates Erfolg hat. Für die Wahl des Jugendparlaments sind auch Kosten entstanden und dieses hat letztendlich nicht funktioniert, so Herr Messing.

Frau Richter merkt an, dass viele noch nicht realisiert haben, welcher Wandel in den kommenden Jahren vollzogen werden muss, weil es immer mehr alte Menschen geben wird. Die Gruppe des Seniorenrates setzt sich mit diesem Wandel auseinander. Die Mitglieder des Seniorenrates wollen von denjenigen gewählt werden, deren Interessen sie vertreten. Diesem Wunsch wird die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN entsprechen und daher dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen.

Herr Schroth teilt mit, dass auf der Seniorenversammlung 33 wahlberechtigte Personen anwesend waren. Es ist fraglich, ob diese Anzahl als Legitimation für die Initiierung einer Urwahl ausreicht. Die Gruppe der Senioren werden auch aus seiner Sicht hinreichend durch den Rat vertreten. Er stimmt Frau Richter zu, dass wir noch in vielen Bereichen eine Revolution erleben werden und die Gesellschaft umbauen müssen. Herr Schroth ist sich sicher, dass sich der Seniorenrat auch künftig einsetzen wird. Dafür hat er die volle Unterstützung des Rates. Die Wahl des Seniorenrates hätte keinen Mehrnutzen, so Herr Schroth.

Herr R. Zieseniß führt aus, dass es viele Institutionen gibt, die lediglich durch den Rat gewählt werden. Für die Wahl eines Ortsbrandmeisters gibt es beispielsweise auch keine Urwahl. Eine ordnungsgemäße Wahl parallel zur Kommunalwahl kann darüber hinaus nicht gewährleistet werden. In den Ortschaften wird beispielsweise in den Feuerwehrhäusern gewählt, die über nur einen Raum verfügen. Die örtlichen Gegebenheiten lassen daher zum Teil eine zweite Wahl gar nicht zu.

Herr Messing merkt an, dass die Organisation der Wahl Sache der Senioren ist. Er ist sich sicher, dass diese eine Möglichkeit finden, die Wahl zu ermöglichen. Beispielsweise könnte vor dem Wahlraum ein Pavillon aufgestellt werden.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 20 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: abgelehnt

Die in der Anlage zu dieser Vorlage beigefügte Satzung für den Seniorenbeirat der Stadt Barsinghausen wird beschlossen.

**14. Änderung der Satzung für den Integrationsbeirat der Stadt Barsinghausen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 09.06.2011 -
Vorlage: XVI/0744**

Frau Richter führt in den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ein.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 34 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Satzung zur 1. Änderung der Satzung für den Integrationsbeirat der Stadt Barsinghausen wird beschlossen (Anlage1 zur Vorlage).

**15. Schaffung von zusätzlich 10 Betreuungsplätzen im Hort Wilhelm-Stedler-Schule
Vorlage: XVI/0737**

Herr Dr. Härdrich führt in die Angelegenheit ein.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 34

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Für die Dauer des Schuljahres 2011/12 wird im Hort der Wilhelm-Stedler-Schule eine zusätzliche Kleingruppe mit 10 Plätzen eingerichtet.

**16. Fortsetzung der Straßensozialarbeit
Vorlage: XVI/0738**

Herr Höfer führt in die Inhalte der Beschlussvorlage ein.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 34

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Die Straßensozialarbeit wird als eigenständiges Aufgabengebiet kommunaler Jugendarbeit zunächst für ein Jahr fortgesetzt.
2. Eine entsprechende Stelle wird im Stellenplan 2012 eingeplant.

**17. Nachtragsvertrag zu den städtebaulichen Verträgen vom 17.06.2010 mit der Fa. Kaufland zum Bebauungsplan Nr. 195 "SO Einzelhandel Zechenpark"
Vorlage: XVI/0730**

Herr Hohenstein führt in die Angelegenheit ein.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 33

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Stadt schließt mit Kaufland den als Anlage 1 zur Drucksache beigefügten 1. Nachtrag zu den Städtebaulichen – und Erschließungsverträgen vom 17.06.2010.

**18. Abschluss eines Städtebaulichen Erschließungsvertrages mit der Fa. Kaufland zur
1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 128 "Am Bahnhof"
Vorlage: XVI/0731**

Herr Hohenstein führt in die Beschlussvorlage ein.

Herr Steuernagel weist auf die geänderte Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses hin.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 32 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt mit geänderter Beschlussdarstellung

Die Stadt schließt mit der Kaufland Dienstleistungs GmbH & Co.KG den als Anlage beigefügten Städtebaulichen- und Erschließungsvertrag.

Der 2. Spiegelstrich des § 1 des Städtebaulichen- und Erschließungsvertrag erhält folgende Fassung:

- Kosten für die Verlegung des öffentlichen Gehweges auf dem Vorhabensgrundstück einschließlich des Umbaus des ~~nördlichen~~ **südlichen** Fußweges der Straße Am Buchhorn gegenüber der Einmündung des Gänsefußweges gem. § 5.

**19. Bebauungsplan Nr. 128 "Am Bahnhof", 1. Änderung OT Barsinghausen
Satzungsbeschluss
Vorlage: XVI/0720**

Herr Hohenstein führt in die Angelegenheit ein.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 34 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Der Rat der Stadt Barsinghausen entscheidet über die in der öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) und 4 (2) BauGB abgegebenen Stellungnahmen entsprechend den in der Anlage 1 dargestellten Abwägungs- und Beschlussvorschlägen.

2. Der Rat der Stadt Barsinghausen beschließt den Bebauungsplan Nr. 128 „Am Bahnhof“, 1. Änderung, OT Barsinghausen (Anlage 3), bestehend aus der Planzeichnung mit den textlichen Festsetzungen und der Begründung, gem. § 10 BauGB als Satzung.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist in der Anlage 2 zu dieser Beschlussvorlage dargestellt.

3. Mit Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 128, 1. Änderung treten für den überplanten Bereich des Ursprungsplanes Nr. 128 die bisherigen Festsetzungen außer Kraft.

20. Annahme von freiwilligen Zuwendungen

Herr Steuernagel führt in die Beschlussvorlage ein.

Die nachfolgend aufgeführten Spenden werden angenommen:

- Die Geldspende der Stadtparkasse Barsinghausen i. H. v. 300,00 EUR als Kostenbeteiligung für die Druckkosten des Ferienpasses 2011 wird angenommen.
- Die Geldspende der Hannoverschen Volksbank eG i. H. v. ca. 6.400,00 EUR als Kostenbeteiligung für fünf neue Straßenlampen wird angenommen.
- Die Geldspende der Stadtparkasse Barsinghausen i. H. v. 15.000,00 EUR zur Förderung der Kunst- und Heimatpflege (Wasserkunst) wird angenommen.
- Die Geldspende der Stadtparkasse Barsinghausen i. H. v. 500,00 EUR für die Seniorenmesse wird angenommen und an den Seniorenrat weitergeleitet.
- Die Geldspende der Hannoverschen Volksbank eG i. H. v. 150,00 EUR für die Seniorenmesse wird angenommen und an den Seniorenrat weitergeleitet.

21. Mitteilungen der Verwaltung

Herr W. Zieseniß gibt folgende Mitteilungen:

1. Die Firma E.ON-Avacon hat der Stadt heute ein Elektro-Auto übergeben, welches vom Bauhof für sechs Monate genutzt und getestet werden soll. Die Überlassung ist kostenlos. Seitens der Stadt müssen die Stromkosten übernommen, ein Fahrtenbuch geführt und ein Erfahrungsbericht abgegeben werden.
2. Die Neue Presse berichtet anlässlich des 10-jährigen Jubiläums jeweils eine Woche lang über die regionsangehörigen Kommunen. In dieser Woche ist Barsinghausen dran. Am Freitag findet in der Zeit von 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr auf dem Europaplatz die Abschlussveranstaltung statt, zu der auch die Ratsmitglieder herzlich eingeladen sind.

22. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

1. Frau Dr. Beckmann teilt mit, dass die Fraktionen von der Albert-Schweitzer-Schule zu deren Grundstückssituation angeschrieben worden sind. Sie bittet darum, den Fraktionen die Grundstückspläne der Schule und auch der angrenzenden Grundstücke zur Verfügung zu stellen.
2. Frau Dr. Beckmann bittet die Fraktionen darum, sich insbesondere in der kommenden Sitzung an die gute alte Sitte zu halten, dass die Ratsmitglieder, die in die Angelegenheiten einführen, bei der Einführung noch kein Statement der eigenen Fraktion abgeben, sondern dieses dann den Fraktionskolleginnen und -kollegen überlassen.
3. Herr Bienert teilt mit, dass er gestern die Informationsveranstaltung im Rathaus zum Ausbau des Langenäcker im Bereich Dahlienstraße bis zum Gänsefußweg besucht hat. Er möchte wissen, warum die Abfrage nach der Gestaltung erst eine Woche vor Baubeginn erfolgt. Dieses erfolgt normalerweise im Rahmen der Ausschreibung. Dort ist die Frist bereits abgelaufen.

Frau de Veer teilt mit, dass die Bürger entsprechend vorher angeschrieben worden sind. Im Rahmen der Bürgerbeteiligung war es der Verwaltung ein besonders Anliegen, abzufragen, ob durch sogenannte Nasen in dem Bereich eine Verkehrsberuhigung stattfinden soll oder nicht. Für die Ausschreibung macht es von den Kosten her fast keinen Unterschied.

Herr Bienert teilt mit, dass der Kostenunterschied 70.000 Euro beträgt und auf die Bürger umgelegt wird.

Frau de Veer teilt mit, dass die meisten Kosten der Maßnahme durch die erforderlichen Leitungsverlegungen entstehen. Nach ihren Informationen sind die Kosten für eine Verkehrsberuhigung unerheblich. Die Verkehrsberuhigung wird nach der Abfrage von den meisten Anwohnern gewünscht.

Herr Bienert bittet darum, künftig solche Ausbaustandards früher abzufragen.

Protokollnotiz:

Die Mehrkosten für die geplante Verkehrsberuhigung belaufen sich nicht auf 70.000 Euro. Es fallen dafür lediglich 7.000 Euro an.

4. Herr Hartig möchte wissen, warum die inzwischen installierte Ampel an der Rehrbrinkstraße noch nicht in Betrieb ist.

Herr W. Zieseniß teilt mit, dass ihm dieses nicht bekannt ist, weil es sich nicht um eine städtische Ampel handelt. Soweit ihm bekannt ist, liegt dafür auch keine Mitteilung der Straßenbauverwaltung vor.

5. Herr Riemer teilt mit, dass an der Entlastungsstraße einige Bäume eingegangen sind. Wenn die Straße den Charakter einer Allee erhalten soll, müsste dort für Ersatz gesorgt werden. Weiterhin sollten evtl. Regressansprüche geprüft werden.
6. Herr Riemer teilt mit, dass sich in dem Wendehammer am alten Kirchdorfer Sportplatz ein großes Loch befindet. Er bittet darum, dieses zu beseitigen.
7. Herr Dr. Härdrich möchte hinsichtlich der Pflasterungen des Fußweges in der Königsberger Straße wissen, welche Begründung es dafür gibt, dass diese mit einigen Versätzen erfolgt ist, die nicht den Grundstücksgrenzen entsprechen. Weiterhin sind ein Gully und mindestens zwei Gasabdeckungen nicht bündig. Dort bestehen ca. 4 bis 5 cm Unterschied. Dieses ist für ältere Personen unglücklich und besonders im Winter, wenn es friert, sehr gefährlich.

Herr W. Zieseniß teilt mit, dass die Höhenunterschiede ausgeglichen werden. Zu dem Thema Pflasterung stellt sich Herr W. Zieseniß vor die Mitarbeiter des Tiefbauamtes. Es ist schwierig mit Anwohnern darüber zu verhandeln, bestehende Hecken zu versetzen oder zurück zu schneiden. Herr W. Zieseniß führt weiter aus, dass er sich selbst vor Ort ein Bild gemacht hat. Es sind lediglich drei Grundstücke betroffen, bei denen zwischen 10 und 20 cm nicht gepflastert wurde. Dies kann noch ergänzt werden, wenn die Anwohner ihre Hecken geschnitten haben.

8. Herr Röver möchte wissen, ob die vierwöchige Vollsperrung der Calenberger Straße im Rahmen der Bauarbeiten an der Bahlsenzufahrt tatsächlich erforderlich ist, oder ob eine kurze Vollsperrung oder eine einspurige Verkehrsregelung möglich ist.

Frau de Veer teilt mit, dass die vierwöchige Bauzeit nach den Planungen erforderlich ist. Aufgrund der Aufweitung der Linksabbiegespur und des Durchlasses des Bullerbachs ist eine einspurige Verkehrslösung nicht möglich.

9. Herr Röver fragt, ob im Rahmen der Bürgerbeteiligung zum Thema „Aldi in Egestorf“ eine Bürgerversammlung vorgesehen ist.

Frau de Veer teilt mit, dass im Rahmen der derzeitigen öffentlichen Auslegung alle Bürger die Möglichkeit haben, Einwendungen und Einsprüche schriftlich oder mündlich zur Niederschrift einzureichen. Die Maßnahme ist im Ausschuss für Planung, Bauen und Umwelt ausführlich erörtert worden. Weiterhin wurde über die Presse und das Internet umfassend informiert.

Herr Röver regt an, die Sitzung des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt in der über die Angelegenheit entschieden wird, in Räumlichkeiten in Egestorf abzuhalten.

10. Herr Bienert führt aus, dass der neue Markt am Bahnhof ca. 10% mehr Verkehr verursachen wird. Er möchte wissen, ob es Erkenntnisse dazu gibt, ob sich der Verkehr auf andere Straßen wie z. B. Goethestraße und Gänsefußweg verlagert, wenn der Langenäcker verkehrsberuhigt wird. Dabei wäre zu berücksichtigen, dass die Goethestraße auch noch verkehrsberuhigt wird.

Frau de Veer führt aus, dass nach wie vor davon auszugehen ist, dass es weniger Anlieferverkehr geben wird, weil dieser Zentral von einem Logistikzentrum aus erfolgt. Nur die Getränkelieferanten werden direkt anliefern. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens sind Verkehrsuntersuchungen und Verkehrszählungen erfolgt. Es ist davon auszugehen, dass es weniger Verkehrsaufkommen und weniger Lärmbelastung in den genannten Straßenbereichen geben wird.

11. Herr Mientus führt zum Fußweg in der Königsberger Straße aus, dass die Anwohner Lagepläne ihrer Grundstücke haben und aufgefordert werden müssen, die ihnen somit bekannten Grundstücksgrenzen bei der Bepflanzung einzuhalten und die Hecken entsprechend zurück zu schneiden.

12. Herr Mientus hält eine Bürgerbeteiligung zum Ausbau des Langenäcker eine Woche vor Baubeginn für eine Farce. Der Ausbau muss letztendlich so erfolgen, wie ausgeschrieben worden ist. Der Ausbau wird durch die Verkehrsberuhigung nicht nur teurer, sondern auch schwieriger. Dabei ist zu berücksichtigen, dass dort auch die Stadt- und Linienbusse fahren. Es sollten daher keine künstlichen Hindernisse eingebaut werden. Fraglich ist, warum dieses nicht vorher im Ausschuss für Planung, Bauen und Umwelt erörtert wurde.

Herr Mientus führt weiter aus, dass Kaufland für den neuen Markt mehr Parkplätze plant, als es beim bisherigen Markt gegeben hat. Daher ist sehr wohl mit mehr Autos und somit mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen zu rechnen. Es geht letztendlich nicht nur um den Lieferverkehr, so Herr Mientus.

Frau de Veer teilt mit, dass der Verwaltung bekannt ist, dass im Langenäcker Busse fahren. Dieses wurde in den Planungen berücksichtigt.

Frau de Veer führt weiter aus, dass es richtig ist, dass es künftig mehr Parkplätze am Markt am Bahnhof geben wird. Aber dieses ist in den Verkehrsgutachten berücksichtigt worden. Die Einschätzungen dazu sind ausführlich in der Beschlussvorlage dar-

gestellt. Es wird keine signifikanten Änderungen hinsichtlich des Verkehrs geben, so Frau de Veer.

13. Frau Dr. Beckmann ist in der Broschüre zur Seniorenmesse auf eine Werbeanzeige für den Ruheforst Deister gestoßen. Dieser liegt im Bereich der Gemeinde Wennigsen. Der Rat hat vor eineinhalb Jahren einstimmig beschlossen, in Barsinghausen ebenfalls einen Waldfriedhof anzubieten. Sie bittet darum, zu forcieren, dass der Beschluss umgesetzt wird.

Herr Lahmann merkt an, dass es der dünnen Personaldecke geschuldet ist, dass die Umsetzung des Beschlusses noch nicht erfolgt ist. Aufgrund der schwachen Finanzlage ist wenig Personal vorhanden. Die Stelle für Kosten- und Leistungsrechnung wurde ausgeschrieben und es werden demnächst die Vorstellungsgespräche erfolgen. Herr Lahmann führt aus, dass die Bewerberlage jedoch nicht besonders günstig ist. Sollte sich ein geeigneter Bewerber finden, wird die erste Aufgabe die Kalkulation der Friedhofsgebühren sein.

14. Frau Schreiber weist darauf hin, dass derzeit die Sohns-Ausstellung des Arbeitskreises Kunst zu besichtigen ist. Es lohnt sich, hinzugehen und es wäre schön, wenn die Ratsmitglieder der Ausstellung durch ihre Präsenz die nötige Bedeutung verleihen.

Herr Steuernagel schließt die öffentliche Sitzung um 21.58 Uhr.

Nichtöffentliche Sitzung:

Herr Steuernagel schließt die Sitzung um 22.10 Uhr.

Steuernagel
Ratsvorsitzender

Zieseniß
Bürgermeister

Filipiak
Protokollführerin